

Niederschrift

**über die 4. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, den 14. Juli 2016 um 20.00 Uhr
im Dorfgemeinschaftshaus Neudorf**

Beginn 20:02 Uhr
Ende: 21:51 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 37

Anwesend:

Stimmberechtigt:

a) SPD-Stadtverordnetenfraktion

1. Stadtverordneter Rainer Krätschmer
2. Stadtverordneter Gerhard Werthmann
3. Stadtverordneter Gerhard Koch
4. Stadtverordnete Astrid Keeber
5. Stadtverordneter Glenn Lawrence
6. Stadtverordneter Harald Krügel
7. Stadtverordnete Christina Fischer
8. Stadtverordneter Gerhard Kuschnik
9. Stadtverordneter Hans Döhn
10. Stadtverordneter Heiko Appel
11. Stadtverordnete Susanne Mainka
12. Stadtverordnete Ursula Werner
13. Stadtverordneter Jan Frederik Beyer
14. Stadtverordneter Heinz Kehm
15. Stadtverordnete Elisabeth Rossi
16. Stadtverordneter Jürgen Berger
17. Stadtverordneter Thorsten Massutat
18. Stadtverordneter Oliver Höhn

b) CDU-Stadtverordnetenfraktion:

19. Stadtverordneter Andreas Götzl
20. Stadtverordneter Johannes Creß
21. Stadtverordneter Robin-Ralf Ruck
22. Stadtverordneter Ullrich Eckhardt
23. Stadtverordneter Arno Weber
24. Stadtverordneter Dr. Manfred Ruhbaum

- c) Bündnis 90/Die Grüne-Stadtverordnetenfraktion:
- 25. Stadtverordnete Eva Bonin
 - 26. Stadtverordneter Volker Laubenthal
 - 27. Stadtverordneter Daniel Junglas
- d) DIE LINKE:
- 28. Stadtverordnete Angelika Silberling-Antoni
 - 29. Stadtverordnete Natalie Dreibus

Nicht Stimmberechtigt:

Bürgermeister Andreas Weiher	SPD
Erster Stadtrat Oliver Peetz	SPD
Stadtrat Werner Jung	SPD
Stadträtin Margit Bleek	SPD
Stadtrat Dr. Eberhard Müller	CDU
Stadtrat Tjörn Dohn	GRÜNE

Entschuldigt:

Stadtverordnete Jeanette Bube	SPD
Stadtverordneter Daniel Dörsch	SPD
Stadtverordnete Brigitte Bonin	SPD
Stadtverordneter Kai Löwe	SPD
Stadtverordnete Olga Ritter	CDU
Stadtverordneter Michael Pierz	CDU
Stadtverordnete Carola Gärtner	CDU
Stadtverordneter Michael Creß	CDU

Schriftführer: Verwaltungsfachangestellter Tim Schneider

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 29.06.2016 unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung eingeladen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Die Stadtverordnetenversammlung war nach der Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig.

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch stellt auf Anfrage fest, dass gegen Form und Inhalt der Einladung sowie der Tagesordnung keine Einwendungen erhoben werden. Die Tagesordnung für die heutige Stadtverordnetensitzung setzt sich demnach wie folgt zusammen:

- 1) Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

- 2) Mitteilungen des Magistrats
 - 3) Ortsgericht Wächtersbach I, Bestellung von Ortsgerichtsschöffen
 - 4) *Neubau einer Kreisverkehrsanlage am Knotenpunkt Brückenstraße/Am Bahnhof*
 - 5) Vorlage des Schlussberichts für die Stadt Wächtersbach über die 187. Vergleichende Prüfung des hessischen Rechnungshofes „Haushaltsstruktur 2015: Größere Gemeinden“
 - 6) Bahnhof Wächtersbach – Realisierung eines 2. Zugangs zu Gleis 1 vom Parkplatz gegenüber Gleis 1
 - 7) Änderung des § 6 (Bildung von Fraktionen) der Geschäftsordnung
 - 8) TTIP, TISA und CETA – freie Zone
 - 9) „Tripoli“ wird „Treffpunkt“
 - 10) Vorlage der zu genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 gemäß § 100 HGO
-

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch eröffnet die Sitzung. Er teilt ebenfalls zu Beginn der Versammlung mit, dass der Stadtverordnete Klaus Bube sein Mandat niedergelegt hat. Nachrücker ist Herr Daniel Dörsch.

2. Mitteilungen des Magistrats

2.1 Bürgermeister Weiher gibt zunächst einen Bericht über den aktuellen Stand der Kassenkredite ab. Der Stand der Kassenkredite beträgt 4,2 Millionen Euro. Laut Bürgermeister Weiher werden über die Sommermonate keine Geldeingänge aus Schlüsselzuweisungen erwartet.

2.2 Der Ausbau der Fernwärmepipeline vom Lindenplatz bis zur Volksbank wird sich noch hinziehen. Es ist mit einer Straßensperrung von ca. 4 Wochen zu rechnen.

2.3 Bürgermeister Weiher geht außerdem auf den Netzentwicklungsplan ein, der dem Kreistag des Main-Kinzig-Kreises vor kurzem vorgelegt worden ist. Die Planungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Bau einer Stromtrasse, P43, (die Trasse soll auch durch das Wächtersbacher Stadtgebiet verlaufen) konnten zunächst verschoben werden.

2.4 Weiterhin berichtet Bürgermeister Weiher von einem Treffen mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Laut einer statistischen Erhebung der KV sind nur 11 % Prozent der Ärztinnen- und Ärzte bereit, auf dem Land eine Einzelpraxis zu errichten. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, ist das ehemalige Amtsgerichtsgebäude zu einem Gesundheitszentrum umgewandelt worden. Nach dem Einzug von Frau Dr. Hild sind drei weitere Praxisräume innerhalb des Gebäudes an niedergelassene Psychotherapeuten vermietet worden.

2.5 Bürgermeister Weiher lobt die Arbeit des katholischen Pfadfinderstammes St. Bonifatius und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in Verbindung mit der Organisation der Veranstaltung: „Fest der Kulturen“ vom 09.07.2016 im Schlosspark.

2.6 Aus der Ergebnisrechnung zum 31.12.2013 ergibt sich ein Defizit von 149.982,49 Euro. Der Jahresabschluss 2013 wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

2.7 Bürgermeister Weiher geht abschließend auf die Anfrage der GRÜNEN Fraktion Wächtersbach ein. Von Anfang an stand fest, dass die Hotspots eine zeitliche Begrenzung haben. Es wird mit keinem Verdienst/Gewinn gerechnet. Die Abrechnung erfolgt über den Hotspot Betreiber (Minutenabrechnung) danach wird man vom Internet getrennt und man muss sich erneut einwählen. Eine Option wählen, Tagesticket oder eine FlexiFlat buchen. Sofern jemand ein Ticket kaufen sollte, erhält die Stadt davon 50% des Preises. Sollten Einnahmen entstehen, werden durch diese erst einmal die Anschaffungskosten des Hotspot Standorts getilgt.

3. Ortsgericht Wächtersbach I, Bestellung von Ortsgerichtsschöffen

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch bringt zunächst die Vorlage des Magistrats vom 22.06.2016 ein:

„Die Amtszeit der Ortsgerichtsschöffen Karlheinz Billeb und Johannes Creß ist beendet. Es ist daher die Bestellung von neuen Ortsgerichtsschöffen erforderlich. Zur Bestellung der neuen Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wächtersbach I, schlägt der Magistrat Herrn Georg Jung, Neudorfer Straße 25, 63607 Wächtersbach und Herrn Rainer Bleek, Am Roten Berg 40, 63607 Wächtersbach, vor.“

Vor dem Eintritt in die Wahlhandlung schlägt Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch vor, die Wahl der Ortsgerichtsschöffen per Akklamation durch **Handaufheben** durchzuführen. Gegen diesen Vorschlag erheben sich keine Einwendungen aus der Versammlung.

Beschluss:

Herr Georg Jung, Neudorfer Straße 25, 63607 Wächtersbach und Herr Rainer Bleek, Am Roten Berg 40, 63607 Wächtersbach werden als neue Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wächtersbach I, gewählt.

Der Vorlage wird zugestimmt.

4. Neubau einer Kreisverkehrsanlage am Knotenpunkt Brückenstraße/Am Bahnhof

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch trägt die Vorlage des Magistrats vom 17.06.2016 vor:

„Für den Neubau einer Kreisverkehrsanlage am Knotenpunkt Brückenstraße/Am Bahnhof wird der Durchführung des vereinfachten Planfeststellungsverfahrens zugestimmt. Der Magistrat wird zur Finanzierung beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen. Die für den Anteil der Stadt

erforderlichen Mittel sind in dem Haushalt 2016 bereits eingestellt.“

Stadtverordneter Harald Krügel trägt dazu das Ergebnis der Beratungen des Bau- und Planungsausschusses vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der vereinfachten Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zum Neubau einer Kreisverkehrsanlage am Knotenpunkt Brückenstraße/Am Bahnhof, zu. Der Magistrat wird zur Finanzierung beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen.

Die Vorlage ist angenommen.

5. *Vorlage des Schlussberichts für die Stadt Wächtersbach über die 187. Vergleichende Prüfung des hessischen Rechnungshofes „Haushaltskultur 2015: Größere Gemeinden“*

Bürgermeister Weiher berichtet kurz über die Prüfungsergebnisse aus dem Schlussbericht des Landesrechnungshofes:

- a) 15 Städte- und Gemeinden sind miteinander verglichen worden
- b) die Bestandsanalyse ist durch ein Bayrisches Unternehmen durchgeführt worden, da der Landesrechnungshof einen externen Dienstleister mit der Erhebung beauftragt hat
- c) aus dem Main-Kinzig-Kreis ist die Stadt Erlensee sowie die Gemeinde Rodenbach ebenfalls geprüft worden
- d) Empfehlungen aus dem Prüfbericht werden zunächst innerhalb der Verwaltung analysiert
- e) die Stellenentwicklung wird mit 1,04 Stellen pro Einwohner (Durchschnitt liegt bei 1,21 Stellen pro Einwohner) als effizient beurteilt

Der Schlussbericht des hessischen Rechnungshofes für die Stadt Wächtersbach zur 187. Vergleichenden Prüfung wird durch die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.

6. *Bahnhof Wächtersbach – Realisierung eines 2. Zugangs zu Gleis 1 vom Parkplatz gegenüber Gleis 1*

Stadtverordneter Dr. Ruhbaum erörtert die Antragsvorlage:

„Der Magistrat wird beauftragt am Bahnhof Wächtersbach vom Parkplatz gegenüber Gleis 1 einen 2. Zugang zu Gleis 1 zu realisieren“

Stadtverordneter Dr. Ruhbaum bittet zudem den Beschlussvorschlagstext wie folgt abzuändern:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, am Bahnhof Wächtersbach vom Parkplatz gegenüber Gleis 1 einen 2. Zugang zu Gleis 1 zu realisieren“

Gegen diesen Änderungsvorschlag ergeben sich aus der Versammlung keine Einwendungen.

Stadtverordneter Harald Krügel bringt anschließend einen Änderungsantrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der maßgebenden Stelle der Deutschen Bahn in Kontakt zu treten, um die Planung eines 2. Zugangs zu Gleis 1 des Wächtersbacher Bahnhofs anzuregen. Der Zugang soll vom Parkplatz gegenüber Gleis 1 erfolgen. Die Kontaktaufnahme sollte u.a. schriftlich erfolgen. Eine Reaktion der Bahn ist aktiv nachzuverfolgen.“

Während der Antragsbegründung einigen sich die Stadtverordnetenfraktionen, beide Antragsvorlagen zu verbinden und den Antrag gemeinsam zu stellen. Da der Antrag den Antragstext ersetzt, wird über den Änderungsantrag abgestimmt.

Der Änderungsantrag ist somit angenommen.

7. Änderung des § 6 (Bildung von Fraktionen) der Geschäftsordnung

Stadtverordneter Daniel Junglas erörtert die Antragsvorlage der GRÜNE-Stadtverordnetenfraktion vom 23.06.2016:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Geschäftsordnung im Punkt II Fraktionen § 6 Bildung von Fraktionen (1) wie folgt zu ändern: Die Stadtverordneten können sich zu einer Fraktion zusammenschließen. Eine Fraktion ist der Zusammenschluss von mindestens zwei Stadtverordneten“

Nach Beratungen lässt Stadtverordnetenvorsteher Koch über den Antrag abstimmen:

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8. TTIP, TISA und CETA – freie Zone

Stadtverordnete Frau Silberling-Antoni bringt den Antrag ein:

TTIP TISA und CETA-freie Zone

„Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die "Barcelona-Erklärung" von freihandelskritischen Stadtregierungen in Europa, die u.a. eine Nichtratifizierung des Freihandelsabkommens CETA und eine Aussetzung der Verhandlungen über die Abkommen TTIP und TISA fordern“

Stadtverordneter Harald Krügel erörtert anschließend den eingebrachten Änderungsantrag zum Antrag der Stadtverordneten:

„Die Stadtverordneten der Stadt Wächtersbach fordern die Verhandlungsführer der Europäischen Union auf, die in den entscheidenden Teilen nicht bekannten Inhalte der Freihandelsabkommen CETA und TTIP der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir bitten die Mitglieder des Bundestags, dieses Anliegen zu unterstützen.“

Es wird zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt:

Der Änderungsantrag ist somit angenommen.

Anschließend wird über den Antrag der Stadtverordneten abgestimmt:

Der Antrag ist somit abgelehnt.

9. „Tripoli“ wird „Treffpunkt“

Die Stadtverordneten stellen folgenden Antrag:

„Der City-Bus fährt mittwochs alle Stadtteile an, damit Kindern und Jugendlichen von Auenau, Weilers, Neudorf, Leisenwald, Waldensberg und Wittgenborn die Teilhabe an den Angeboten der Abteilung Jugendförderung der Stadt Wächtersbach ermöglicht wird.“

Der Antrag ist somit abgelehnt.

10. Vorlage der zu genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 gemäß § 100 HGO

Stadtverordneter Andreas Götzl bringt den Antrag ein:

„die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat in der nächsten Stadtverordnetensitzung die zu genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Haushaltsüberschreitungen gem. § 100 HGO) für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Wächtersbach, den 14.07.2016

(Koch)
Stadtverordnetenvorsteher

(Schneider)
Schriftführer